

DOROTHEA MAGNUS

Patientenautonomie
im Strafrecht

Jus Poenale

5

Mohr Siebeck

JUS POENALE
Beiträge zum Strafrecht
Band 5



Dorothea Magnus

Patientenautonomie im Strafrecht

Mohr Siebeck

Dorothea Magnus, geboren 1975; Studium der Rechtswissenschaft in Hamburg und Rom; 2006 Promotion; 2007 Master of Laws (LL.M.), San Diego, USA; wissenschaftliche Assistentin und Habilitandin am Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie der Universität Hamburg; 10/2013–10/2014 Vertretungsprofessorin ebenda; 2014 Habilitation; Sommer 2014 Forschungsaufenthalt an der New York University (NYU), USA; derzeit Privatdozentin an der Universität Hamburg.

e-ISBN PDF 978-3-16-153822-3

ISBN 978-3-16-153821-6

ISSN 2198-6975 (Jus Poenale)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2015 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2014 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Habilitationsschrift angenommen. Sie entstand während meiner Zeit als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie von Professor Dr. Reinhard Merkel an der Universität Hamburg. Gesetze, Gesetzesentwürfe, Rechtsprechung und Literatur sind bis zum 1.1.2015 berücksichtigt.

Dank gebührt an erster Stelle meinem Habilitationsvater Professor Dr. Reinhard Merkel, ohne dessen Förderung dieses Buch nicht entstanden wäre. Er hat mir den wissenschaftlichen Freiraum verschafft, den ich für die Erstellung des Buches benötigte und mir mit vielen Anregungen den Weg für die weitere wissenschaftliche Laufbahn geebnet. In den Jahren an seinem Lehrstuhl habe ich wertvolle Erfahrungen im Straf- und Medizinrecht sammeln können. Danken möchte ich auch Herrn Professor Dr. Wilhelm Degener für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Prof. Dr. Oliver Knöfel sei an dieser Stelle für Anregungen zum Thema aufrichtig gedankt.

Auch gilt mein besonderer Dank der Universität Zürich für den Zugang zu den Quellen des Schweizer Rechts, die ich während meiner Forschungsaufenthalte im Rahmen des Rechtsvergleichs in der Schweiz nutzen konnte sowie dem Hamburger Max-Planck Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, das mir über mehrere Jahre die Recherche in internationalen Datenbanken und die Nutzung der Bibliothek ermöglicht hat.

Mein herzlichster Dank gilt meinen Eltern Professor Dr. Ulrich Magnus und Dr. med. Sabine Magnus, die mich auf alle erdenkliche Weise unterstützt haben. Gewidmet ist diese Arbeit meinem Verlobten Matthias von Kossak. Ich bin ihm für die tatkräftige Unterstützung bei der Erstellung der Druckfassung sehr verbunden. Seine Liebe und unser erster Sohn, der bald zur Welt kommen wird, machen mich glücklich und dankbar.

Hamburg, im Mai 2015

Dorothea Magnus

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XXV
Einleitung	1

1. Teil Grundlagen

A. Überblick	13
B. Begriff und Bedeutung der Patientenautonomie	14

2. Teil Rechtliche Aspekte der Patientenautonomie

A. Gesetzliche Verankerung der Patientenautonomie	109
B. Patientenautonomie in Rechtsprechung und Literatur	117
C. Rechte und Pflichten von Ärzten und Patienten	132
D. Einwilligung als zentraler Ausdruck der Patientenautonomie	142

3. Teil Besondere Bereiche der Patientenautonomie

A. Allgemeines	179
B. Vorsorgeverfügungen	180
C. Sterbehilfe	235
D. Schönheitsoperationen	322
E. Enhancements	346
F. Zwangsbehandlungen	379

4. Teil

Vergleich mit der Rechtslage in der Schweiz

A. Begründung für den Rechtsvergleich mit der Schweiz	401
B. Verankerung des Selbstbestimmungsrechts im Schweizer Recht	403
C. Patientenverfügungen	405
D. Sterbehilfe im Schweizer Recht	430
E. Schönheitsoperationen im Schweizer Recht	481
F. Enhancements im Schweizer Recht	488
G. Zwangsbehandlungen im Schweizer Recht	508

5. Teil

Gesamtzusammenfassung in Thesen

A. Thesen zum eigenen Konzept der Patientenautonomie	545
B. Thesen zu den Grundlagen der Patientenautonomie	549
C. Thesen zu rechtlichen Folgerungen aus der Autonomie des Patienten	551
D. Thesen zur Patientenautonomie am Lebensende	554
E. Thesen zu den ethischen Überlegungen zur Patientenautonomie am Lebensende	560
F. Thesen zur Patientenautonomie bei der wunscherfüllenden Medizin	562
G. Thesen zur Patientenautonomie bei ärztlichen Zwangsbehandlungen	565
H. Thesen zum Rechtsvergleich mit der Schweiz	567
English Summary	
Patient Autonomy in Criminal Law	579
Literaturverzeichnis	605
Anhang	631

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXV
---------------------------------	-----

Einleitung	1
----------------------	---

1. Teil Grundlagen

A. Überblick	13
B. Begriff und Bedeutung der Patientenautonomie	14
I. Wandlungen des Arzt-Patient-Verhältnisses.	16
1. Die klassische Rolle des Arztes.	16
2. Die „neue“ Rolle des Arztes	18
II. Begriff des Patienten	21
1. Der Wortsinn	22
2. Krankheit als Bestandteil des Patientenbegriffs	23
a) Auffassungen zum Begriff der Krankheit.	23
b) Würdigung dieser Auffassungen	25
c) Würdigung der BGH-Auffassung im Besonderen	26
aa) Zum ersten Kritikpunkt: Heilbarkeit.	27
bb) Zum zweiten Kritikpunkt: Unerheblichkeit.	27
cc) Zum dritten Kritikpunkt: Normalzustand	28
d) Stellungnahme zum Krankheitsbegriff	29
aa) Ergänzungsbedürftigkeit des objektiven Krankheits- begriffs.	29
bb) Medizinische Indikation als entscheidendes Kriterium	29
cc) Einfluss von psychischen Befindlichkeiten.	31
dd) Einfluss sozialer Aspekte.	31
ee) Einfluss kulturgeschichtlicher Aspekte.	31
ff) Einfluss rechtlicher Aspekte	32
gg) Schlussfolgerungen	33

3.	Besondere Patienten-Kategorien.	34
a)	Konsumenten von Schönheitsoperationen und sonstigen Verbesserungen	34
b)	Forschungsprobanden.	35
c)	Alten- und Pflegeheimbewohner	36
4.	Zwischenergebnis	36
III.	Begriff der Autonomie	38
1.	Allgemeines	38
2.	Begrifflicher Ursprung von Autonomie.	39
3.	Philosophische Konzepte zur Autonomie	39
a)	Kants Konzept von Autonomie	39
b)	Joel Feinbergs Konzept von Autonomie.	42
aa)	Autonomie als Fähigkeit	43
bb)	Autonomie als Zustand	44
(i)	Sein eigener Herr sein	45
(ii)	Individualität	45
(iii)	Authentizität	46
(iv)	Selbstbestimmung	46
(v)	Selbstgesetzgebung	46
(vi)	Moralische Authentizität	47
(vii)	Moralische Unabhängigkeit	47
(viii)	Integrität.	47
(ix)	Selbstkontrolle (Selbstdisziplin)	48
(x)	Auf-Sich-Selbst-Vertrauen	48
(xi)	Initiativfähigkeit	48
(xii)	Verantwortlichkeit für sich selbst.	49
cc)	Autonomie als Ideal	49
dd)	Autonomie als Recht	51
ee)	Stellungnahme zum Autonomiekonzept Feinbergs.	54
4.	Medizinethisches Konzept zur Autonomie von Beauchamp und Childress	56
a)	Das „Georgetown-Mantra“	56
b)	Respekt vor der Autonomie.	57
c)	Kriterien für eine autonome Handlung und Entscheidung	57
d)	Autonome Personen oder autonome Entscheidungen	58
e)	Fehlende Autonomie	58
f)	Autonomiefähigkeit: Kompetenz	59
g)	sliding-scale strategy	59
h)	Bewertung des Autonomiekonzepts von Beauchamp und Childress	60
IV.	Eigenes Konzept: Wertgebundene Patientenautonomie	61

1. Anwendung der Autonomiekonzepte von Kant, Feinberg und Beauchamp/Childress	62
a) Kants Konzept	62
b) Feinbergs Konzept	62
c) Das Konzept von Beauchamp/Childress	64
2. Aufgabe und Zweck eines Konzepts der Patientenautonomie	65
3. Eigene Grundthesen	67
a) Differenzierungen	67
aa) Differenzierung Patient – Dritter, Eigenautonomie – Fremdautonomie	67
bb) Differenzierung nach wert- und erlebensbezogenen Interessen des Patienten	70
cc) Differenzierung nach Situationen	71
dd) Sonderrolle des Arztes und des Arzt-Patient-Verhältnisses	72
b) Relativität der Patientenautonomie	73
c) Wertgebundene Autonomie	73
aa) Ausgangspunkt	74
bb) Selbstschädigende Entscheidungen	75
cc) Selbstschädigungen aus medizinischer Sicht	77
dd) Strafrechtliche Folgerungen	77
ee) Paternalistisches Konzept?.	79
d) Voraussetzungen.	80
aa) Autonomiefähigkeit	80
bb) Möglichkeit zur Ausübung der Autonomie	82
e) Einschränkungen der Autonomie und ihrer Ausübung.	83
f) Ökonomische Hindernisse: Versorgungshindernisse im Sinne von Ressourcenknappheit	85
g) Grenzen der Selbstverfügung durch Pflichten gegenüber sich selbst?	86
4. Zusammenfassung	88
V. Die Paternalismus-Debatte	90
1. Weicher Paternalismus	94
2. Harter Paternalismus	97
3. Wann ist eine paternalistische Intervention rechtlich gerechtfertigt?	99
a) Kriterien für eine Rechtfertigung	99
b) Paternalistische Rechtfertigung strafrechtlicher Verbote	100
c) Zwischenfazit	102
d) Paternalismus und Autonomie am Ende des Lebens	102
4. Folgerungen aus der Paternalismus-Debatte für das Patientenautonomiekonzept	105

2. Teil

Rechtliche Aspekte der Patientenautonomie

A. Gesetzliche Verankerung der Patientenautonomie	109
I. Auf europäischer Ebene	109
II. Im Grundgesetz.	111
III. Im Strafgesetzbuch	112
IV. Im BGB	115
V. Fazit zur gesetzlichen Verankerung der Patientenautonomie	116
B. Patientenautonomie in Rechtsprechung und Literatur	117
I. Rechtsprechung.	117
1. Bereich der Sterbehilfe und Suizidteilnahme	118
2. Bereich der Einwilligung.	120
3. Bereich der sexuellen Selbstbestimmung.	122
4. Zivilrechtliche Rechtsprechung	123
II. Literatur	124
1. Einwilligung, Einwilligungsfähigkeit und Patientenwille	124
2. Patientenverfügungen	126
3. Medizinrechtliche Grundprinzipien	126
4. Neue Rolle des Arztes und des Patienten	127
5. Patientenrecht auf informationelle Selbstbestimmung	128
6. Sterbehilfe	129
7. Zwangsbehandlungen und Selbstbestimmungsrecht	129
8. Zivilrecht, Verfassungsrecht und Patientenautonomie	130
C. Rechte und Pflichten von Ärzten und Patienten	132
I. Allgemeine Rechte und Pflichten von Patienten	132
II. Allgemeine Rechte und Pflichten von Ärzten	133
III. Besondere Ausgestaltung der Rechte und Pflichten im Patientenrechtegesetz.	135
1. Die Neuregelungen im Gesetz	135
a) Der Behandlungsvertrag	135
b) Einwilligung und Aufklärung	135
c) Dokumentationspflichten	136
d) Informationspflichten.	137
e) Beweislastregeln	138
f) Stärkung der Rechte des Patienten gegenüber Krankenkassen	139
2. Stellungnahme zum Patientenrechtegesetz.	140

D. Einwilligung als zentraler Ausdruck der Patientenautonomie.	142
I. Allgemeines	142
II. Rechtsnatur der Einwilligung	143
III. Zweck der Einwilligung	144
IV. Rechtsgrundlage der Einwilligung	144
V. Einwilligung und Handlungsfreiheit.	145
VI. Einwilligung und ärztlicher Heileingriff.	146
1. Allgemeines	146
2. Meinungsstreit zur Einordnung des ärztlichen Heileingriffs als Körperverletzung	146
a) Rechtsprechung	146
b) Literatur	147
c) Stellungnahme.	149
3. Selbstbestimmung als Teil des Rechtsguts der Körperverletzung .	151
VII. Formen der Einwilligung	152
1. Die ausdrückliche Einwilligung.	152
2. Die mutmaßliche Einwilligung	153
a) Bestimmung der mutmaßlichen Einwilligung.	155
b) Fall der Operationserweiterung	156
3. Die hypothetische Einwilligung	157
VIII. Voraussetzungen der Einwilligung	159
1. Disponibilität des Rechtsgutes.	159
2. Einwilligungsfähigkeit	161
a) Allgemeines	161
b) Fehlende Einwilligungsfähigkeit.	162
3. Einwilligungserklärung	163
4. Freiwilligkeit und Willensmängel.	164
a) Zwang und Täuschung	165
b) Irrtümer	166
5. Ernstlichkeit.	167
6. Aufklärung	167
a) Zweck der Aufklärung	167
b) Förmlichkeiten der Aufklärung	168
c) Umfang der Aufklärung	169
d) Barmherzige Lüge	171
e) Form der Aufklärung	172
f) Verzicht auf die Aufklärung	173
7. Widerruf der Einwilligung.	173
8. Reichweite und Grenzen der Einwilligung	174
IX. Fazit zur Einwilligung	174

3. Teil

Besondere Bereiche der Patientenautonomie

A. Allgemeines	179
B. Vorsorgeverfügungen	180
I. Einführung	180
II. Patientenverfügung als Instrument der Patientenautonomie	181
1. Allgemeines	181
2. Patientenverfügungsgesetz	182
a) Entstehungsgeschichte	182
aa) Arbeitsgruppe des BMJ.	183
bb) Stellungnahme der Enquete-Kommission	183
cc) Kurzer Überblick über die Gesetzesentwürfe zur Patientenverfügung	184
b) Inhalt des Gesetzes	185
aa) Begriff der Patientenverfügung	185
bb) Keine Reichweitenbeschränkung	186
cc) Problem der Antizipierbarkeit.	187
dd) Einwilligungsfähigkeit	188
ee) Schriftform	190
ff) Widerruf der Patientenverfügung	190
(i) Auffassung für die Einwilligungsfähigkeit	191
(ii) Auffassung gegen die Einwilligungsfähigkeit	192
(iii) Eigene Auffassung	192
gg) Fehlende oder nicht zutreffende Patientenverfügung.	194
hh) Anordnung des Abbruchs lebenserhaltender Maßnahmen.	196
ii) Ärztliche Aufklärung	197
jj) Kein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot	199
kk) Freiwilligkeit, Aktualität und Koppelungsverbot	199
ll) Gespräch über den Patientenwillen.	199
mm) Genehmigung durch das Betreuungsgericht.	200
nn) Odysseus-Anweisungen	200
3. FamFG-Reformgesetz.	201
4. Strafrechtliche Folgerungen	201
a) Arzt behandelt den Patienten entgegen der Patienten- verfügung nicht weiter	202
aa) Einvernehmen zwischen Arzt und Betreuer.	203
bb) Handeln des Arztes ohne Zustimmung des Betreuers	204
cc) Handeln des Betreuers ohne Beziehung des Arztes	204

dd) Teilnahmesituationen	204
ee) Situation ohne Betreuer	205
b) Arzt behandelt den Patienten entgegen der Patienten- verfügung weiter.	205
aa) Handeln des Arztes ohne Zustimmung des Betreuers	205
bb) Weiterbehandlung mit Zustimmung des Betreuers.	207
cc) Situation ohne Betreuer	208
dd) Irrtumsfragen	208
c) Weitere Auswirkungen des Patientenverfügungsgesetzes auf das Strafrecht	209
5. Die Rechtsprechung zur Patientenverfügung	210
a) Strafsenate des BGH.	210
b) Zivilsenate des BGH	211
6. Literatur zu den strafrechtlichen Folgen der Patientenverfügung	212
7. Auffassung der Bundesärztekammer zur Patientenverfügung.	212
8. Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung	216
III. Eigene Stellungnahme zur Patientenverfügung	217
1. Verbesserungen gegenüber dem Zustand vor dem Patienten- verfügungsgesetz	217
2. Kritikpunkte.	217
a) Willensänderung	218
b) Missbrauchsgefahr.	218
c) Behandlung von Wachkomapatienten.	220
d) Diskrepanz zwischen Verfügung und konkreter Behandlungs- situation	223
e) Fehlende Beratung.	224
f) Tod als Ziel	224
3. Vorschlag einer Gesetzesergänzung für Pflichtverletzungen des Betreuers.	225
IV. Schlussfolgerungen zur Patientenverfügung.	229
C. Sterbehilfe	235
I. Allgemeines	235
II. Gesetzliche Ausgangslage	237
III. Unsicherheit über die Grenzen der Sterbehilfe in der Praxis.	238
IV. Sterbehilfe und Demenz	239
V. Verfassungsmäßigkeit der Sterbehilfe	242
VI. Im Zweifel für das Leben.	242
VII. Einzelbereiche.	243
1. Beteiligung am Suizid	243
a) Begriff und Bedeutung der Beteiligung am Suizid	244
b) Rechtliche Einordnung der Beteiligung am Suizid.	245

c)	Rechtsprechung	248
d)	Schrifttum	255
e)	Der ärztlich assistierte Suizid.	260
f)	Schwächen der Abgrenzung über die Tatherrschaftslehre	263
g)	Organisierte, kommerzialisierte Suizidbeihilfe	264
h)	Stellungnahme zur Beteiligung am Suizid	266
2.	Aktive Sterbehilfe (§ 216 StGB)	268
a)	Voraussetzungen der aktiven Sterbehilfe	268
b)	Sinn und Zweck der Vorschrift.	269
c)	Abgrenzung zu anderen Formen der Tötung.	271
d)	Tötung auf Verlangen durch Unterlassen?	272
e)	Legalisierung der Tötung auf Verlangen?	273
3.	Indirekte Sterbehilfe	274
a)	Begriff und Bedeutung der indirekten Sterbehilfe.	274
b)	Zweck der indirekten Sterbehilfe.	275
c)	Geeignete Abgrenzung indirekter von direkter Sterbehilfe über den Vorsatz?	276
d)	Legitimierung der indirekten Sterbehilfe	277
aa)	Legitimierung über die lex artis.	277
bb)	Legitimierung über das erlaubte Risiko	278
cc)	Legitimierung über den sozialen Gesamtsinn „Schmerzlinderung“	279
dd)	Legitimierung über die Einwilligung	280
ee)	Legitimierung über den rechtfertigenden Notstand, § 34 StGB.	281
4.	Abbruch lebenserhaltender Behandlungen (Passive Sterbehilfe)	283
a)	Begriff und Bedeutung des Behandlungsabbruchs.	283
b)	Garantenstellung	283
c)	Einwilligung des Patienten	284
d)	Behandlungsverzicht mit Einwilligung des Patienten	285
e)	Behandlungsverzicht ohne Einwilligung des Patienten	285
f)	Rechtsprechung	286
aa)	BGH-Entscheidung zur Sterbehilfe vom 25.6.2010	286
(i)	Das Urteil	286
(ii)	Stellungnahme zur BGH-Entscheidung vom 25.6.2010.	289
bb)	Kemptener Entscheidung	295
(i)	Das Urteil	295
(ii)	Stellungnahme zur Kemptener Entscheidung	297
cc)	Der Beschluss des XII. Zivilsenats vom 17.3.2003	299
g)	Der Behandlungsabbruch durch einen Dritten (Nichtarzt).	301
5.	Früheuthanasie	302

6. Sonderfall: Verweigerung von Bluttransfusionen	304
VIII. Grundsätze der Bundesärztekammer zur ärztlichen Sterbe- begleitung	305
IX. Ethische Überlegungen und Stellungnahme zur Sterbehilfe.	307
X. Schlussfolgerungen zur Sterbehilfe.	311
1. Notfallpatienten	312
2. Patienten im irreversiblen Wachkoma	314
3. Dauerhaft einwilligungsunfähige, aber noch äußerungsfähige Patienten	315
4. Vorübergehend einwilligungsunfähige Patienten	316
5. Einwilligungsfähige.	317
a) Gesunde Personen	317
b) Lebensbedrohlich erkrankte Patienten	318
c) Bis zum Hals gelähmte Patienten	319
D. Schönheitsoperationen.	322
I. Allgemeines	322
II. Definition	324
III. Die Praxis	325
IV. Die Strafbarkeit von Schönheitsoperationen	327
1. Die Bedeutung des Fehlens der medizinischen Indikation	328
2. Tatbestandsmäßigkeit von Schönheitsoperationen	328
3. Einwilligung in eine Schönheitsoperation und ihre Grenzen	329
a) Ausdrückliche Einwilligung	329
b) Hohe Anforderungen an die Aufklärungspflicht.	330
c) Grenzen der Einwilligung (§ 228 StGB).	332
4. Schönheitsoperationen und Tötungsdelikte	335
V. Schönheitsoperationen bei Minderjährigen	336
1. Die Problematik.	336
2. Einwilligung.	336
3. Vorschläge zur Zurückdämmung von Schönheitsoperationen.	339
VI. Schlussfolgerungen zu den Schönheitsoperationen.	341
E. Enhancements	346
I. Begriff	346
II. Abgrenzung Enhancement und Heilbehandlung	349
III. Beispiele für pharmakologische Enhancements und ihre Wirkungen	351
1. Physisches Enhancement.	351
2. Psychisches Enhancement	352
IV. Die Kernproblematik bei Enhancements.	352
V. Strafrechtliche Folgen von Enhancements.	353
1. Strafbarkeit des Arztes nach dem Betäubungsmittelgesetz.	354

2. Strafbarkeit des Arztes nach dem Arzneimittelgesetz (AMG) . . .	354
3. Strafbarkeit des Selbst-Enhancements?	355
a) Strafbarkeit des Selbst-Enhancements psychischer Eigenschaften	355
b) Strafbarkeit des Selbst-Enhancements physischer Eigenschaften	356
c) Schranken des Selbstenhancements	357
4. Strafbarkeit des Fremd-Enhancements	361
a) Körperliche Gesundheitsschäden	361
aa) Physische Körperverletzung	361
(i) Tatbestandsmäßigkeit	361
(ii) Täterschaft	362
(iii) Strafbarkeit lediglich einwilligender gesetzlicher Vertreter und Betreuer?	362
(iv) Strafbarkeit nach dem AMG	363
(v) Verjährung	364
bb) Vorschlag einer Gesetzesergänzung für die Vergabe ausschließlich positiv wirkender Enhancements	364
b) Rein psychische Veränderungen	366
aa) Psychische Veränderung als Körperverletzung	366
bb) Psychiatrische Zwangsbehandlung	367
c) Verletzung Dritter	368
d) Off-label-use	369
e) Schranken des Fremd-Enhancements	370
aa) Schutz des Einzelnen sowie grundlegender Werte der Gemeinschaft	370
bb) Sittenwidrige Körperverletzung bei rein seelischen Leiden?	370
5. Schutz der mentalen Selbstbestimmung	371
VI. Schlussfolgerungen zu den Enhancements	373
F. Zwangsbehandlungen	379
I. Allgemeines	379
II. Die jüngsten BVerfG-Entscheidungen zur Zwangsbehandlung	380
III. Die jüngsten BGH- Entscheidungen zur Zwangsbehandlung im Betreuungsrecht.	385
IV. Gesetzliche Neuregelung der Zwangsbehandlung	386
1. Notwendigkeit einer Neuregelung.	387
2. Materiell-rechtliche Voraussetzungen	389
3. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen	391
V. Schlussfolgerungen zu den Zwangsbehandlungen	392

4. Teil

Vergleich mit der Rechtslage in der Schweiz

A. Begründung für den Rechtsvergleich mit der Schweiz	401
B. Verankerung des Selbstbestimmungsrechts im Schweizer Recht	403
C. Patientenverfügungen	405
I. Allgemeines	405
II. Neuregelung der Patientenverfügung im Schweizer Recht	405
1. Vorsorgeauftrag	406
2. Patientenverfügung	407
a) Inhalt und Form der Patientenverfügung.	407
b) Nachweis der Patientenverfügung	407
c) Verbindlichkeit der Patientenverfügung	408
d) Widerruf der Patientenverfügung	409
e) Überprüfung bei Missachtung der Patientenverfügung	411
f) Notfälle	411
g) Fehlen einer Patientenverfügung und Vertretung	412
h) Strafrechtliche Auswirkungen	413
III. Rechtsvergleich	414
1. Reichweite von Patientenverfügungen	414
a) Vergleich	414
b) Bewertung	415
2. Begriff der Patientenverfügung und Vertretungsregeln.	416
a) Vergleich	416
b) Bewertung	417
3. Erwachsenenschutzbehörde und Betreuungsgericht	419
a) Vergleich	419
b) Bewertung	420
4. Interessenkollisionen	420
a) Vergleich	420
b) Bewertung	422
5. Natürlicher Wille und Willensänderungen	423
a) Vergleich	423
b) Bewertung	425
6. Versichertenkarte	426
a) Vergleich	426
b) Bewertung	426
7. Kein Verstoß gegen das Gesetz.	426
a) Vergleich	426

b) Bewertung	426
8. Minderjährige	427
a) Vergleich	427
b) Bewertung	427
9. Wertvorstellungen des Patienten	428
10. Schlussfolgerungen	429
D. Sterbehilfe im Schweizer Recht	430
I. Tötung auf Verlangen (Art. 114 StGB)	431
1. Bedeutung	431
2. Voraussetzungen	433
a) Eindringliches und ernsthaftes Verlangen	433
b) Urteilsfähigkeit des Sterbewilligen.	433
c) Kein Zwang oder Irrtum	435
d) Achtenswerte Beweggründe	436
3. Durch Unterlassen	436
4. Abgrenzung zu den anderen Formen der Sterbehilfe	437
5. Rechtsvergleich zur Tötung auf Verlangen	437
II. Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord (Art. 115 StGB)	439
1. Bedeutung	439
2. Voraussetzungen	440
a) Eigenverantwortlichkeit.	440
b) Urteilsfähigkeit	442
c) Verleiten und Hilfeleisten.	444
d) Selbstsüchtige Beweggründe	445
3. Durch Unterlassen	446
4. Versuch und Teilnahme an der Teilnahme	446
5. Suizidbeihilfe durch Ärzte	446
6. Abschließende Regelung	447
7. Rechtsvergleich zur Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord	448
III. Indirekte aktive Sterbehilfe	451
1. Bedeutung	451
2. Begründung der Legitimation	452
3. Rechtsvergleich zur indirekten Sterbehilfe	452
IV. Passive Sterbehilfe	454
1. Bedeutung	454
2. Passive Sterbehilfe bei urteilsfähigen Patienten	455
3. Passive Sterbehilfe bei nicht urteilsfähigen Patienten	457
4. Sonderfall: Technischer Behandlungsabbruch.	460
5. Kantonale Unterschiede	461
6. Rechtsvergleich zur passiven Sterbehilfe	461
V. Sterbehilfeorganisationen	465

1. Dignitas und Exit	465
2. Rechtsvergleich zu den Sterbehilfeorganisationen.	468
VI. Rechtspolitische Entwicklungen	470
1. Schweizer Bundesamt für Justiz: Bericht Sterbehilfe vom 9.7.2010	470
a) Übereinstimmende Position der gesamten Arbeitsgruppe	470
b) Auffassung der Mehrheit: Strafflosigkeit der direkten aktiven Sterbehilfe in Ausnahmefällen.	471
c) Auffassung der Minderheit: Keine Strafflosigkeit der direkten aktiven Sterbehilfe.	471
d) Reaktionen auf den Bericht der Arbeitsgruppe zur Sterbehilfe	471
2. Bestrebungen de lege ferenda	472
VII. Christliche Überlegungen der Schweizer Bischofskonferenz zur Sterbehilfe.	474
VIII. Schlussfolgerungen	475
E. Schönheitsoperationen im Schweizer Recht	481
I. Allgemeines	481
1. Schönheitsoperation als Körperverletzung.	481
a) Einfache Körperverletzung	482
b) Schwere Körperverletzung	483
2. Tötlichkeiten.	483
3. Einwilligung.	484
4. Schönheitsoperation bei Minderjährigen.	485
II. Rechtsvergleich und Schlussfolgerungen	486
F. Enhancements im Schweizer Recht.	488
I. Darstellung	488
1. Allgemeines	488
2. Rechtliche Fragen	489
a) Strafrechtliche Fragen.	489
aa) Enhancements körperlicher Eigenschaften	489
bb) Enhancements psychischer Eigenschaften.	491
b) Verfassungsrechtliche Fragen	492
c) Fragen des Humanforschungsrecht	493
d) Fragen der Marktzulassung von Enhancementprodukten	496
e) Fragen des off-label-use	497
f) Enhancements bei Kindern.	498
3. Fazit	500
II. Rechtsvergleich	500
1. Verfassung	500
2. Spezialgesetze	501

3. Körperliches Enhancement	502
a) Verbot des Sportdopings	502
b) Sanktionen nach dem Strafgesetzbuch	504
c) Verbandsrechtliche Normen	505
d) Probleme der Dopingbekämpfung.	505
4. Psychisches Enhancement	505
5. Schlussfolgerungen	507
G. Zwangsbehandlungen im Schweizer Recht	508
I. Darstellung	508
1. Neuregelung im Schweizer Recht	508
2. Zwangsmaßnahmen als Grundrechtseingriff	510
3. Maßnahmen zur Unterbringung	510
a) Zweck der Unterbringung	510
b) Grundsätze der Unterbringung	511
c) Unterschiede bei somatischen und psychischen Krankheiten	512
d) Modalitäten der Unterbringung	512
4. Medizinische Zwangsbehandlungen	513
a) Art der Zwangsbehandlung.	514
b) Voraussetzungen der Zwangsbehandlung.	514
aa) Urteilsunfähigkeit	514
bb) Ernsthafte Gefährdung.	515
cc) Verhältnismäßigkeit	516
dd) Behandlungsplan	517
ee) Rechtsweg	517
c) Notfallsituationen	518
d) Einschränkungen der Fortbewegung	518
e) Betreute in Wohn- und Pflegeeinrichtungen	518
5. Medizinische Zwangsbehandlungen von Inhaftierten	520
II. Rechtsvergleich	523
1. Regelungsstand	523
2. Zwangsbehandlung als Eingriff in die Grundrechte	524
a) Vergleich	524
b) Bewertung	524
3. Unterbringung und Einweisung.	525
a) Vergleich	525
b) Bewertung	526
4. Fehlende Einsicht in die Behandlungsbedürftigkeit.	528
a) Vergleich	528
b) Bewertung	529
5. Beachtung des natürlichen Willens	531
a) Vergleich	531

b) Bewertung	531
6. Eigen- und Fremdgefährdung	533
a) Vergleich	533
b) Bewertung	534
7. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	536
a) Vergleich	536
b) Bewertung	537
9. Verfahrensrechtliche Sicherungen und Vertretung	537
a) Vergleich	537
b) Bewertung	538
10. Schlussfolgerungen	541

5. Teil

Gesamtzusammenfassung in Thesen

A. Thesen zum eigenen Konzept der Patientenautonomie	545
B. Thesen zu den Grundlagen der Patientenautonomie	549
C. Thesen zu rechtlichen Folgerungen aus der Autonomie des Patienten . . .	551
D. Thesen zur Patientenautonomie am Lebensende	554
E. Thesen zu den ethischen Überlegungen zur Patientenautonomie am Lebensende	560
F. Thesen zur Patientenautonomie bei der wunscherfüllenden Medizin . . .	562
G. Thesen zur Patientenautonomie bei ärztlichen Zwangsbehandlungen . . .	565
H. Thesen zum Rechtsvergleich mit der Schweiz	567
I. Rechtsvergleichende Thesen zu den Patientenverfügungen	567
II. Rechtsvergleichende Thesen zur Sterbehilfe.	569
III. Rechtsvergleichende Thesen zu den Schönheitsoperationen und Enhancements.	573
IV. Rechtsvergleichende Thesen zur Zwangsbehandlung	575

English Summary	
Patient Autonomy in Criminal Law	579
Literaturverzeichnis	605

Anhang

Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	633
Arzneimittelgesetz (AMG)	634
Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)	637
Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (BV)	645
Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB)	646
Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)	648
Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches: Obligationenrecht (OR)	657

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	an angegebenem Ort
Abs.	Absatz
a.F.	alte Fassung
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AJP	Aktuelle Juristische Praxis
AG	Amtsgericht
AMG	Arzneimittelgesetz
Anm.	Anmerkung
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
ArztR	Arztrecht
Aufl.	Auflage
BÄO	Bundesärzteordnung
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band
BetmG	Betäubungsmittelgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BISp	Bundesinstitut für Sportwissenschaft
BMJ	Bundesjustizministerium
BMJ	British Medical Journal
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVerfG	Bundesverfassungsgericht

BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
bzw.	beziehungsweise
ChemV	Chemikalienverordnung
CJP	Canadian Journal of Philosophy
CR	Computer und Recht
DÄBl	Deutsches Ärzteblatt
DAZ	Deutsche Apotheker Zeitung
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DGMR	Deutschen Gesellschaft für Medizinrecht
d. h.	das heißt
DMW	Deutsche Medizinische Wochenschrift
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
EJPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
et al.	et alia
etc.	et cetera
EthikMed	Ethik in der Medizin
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FMH	Verbindung der Schweizerischen Ärztinnen und Ärzte
Fn.	Fussnote
FS	Festschrift
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht
GesR	Gesundheitsrecht
GesundhWes	Das Gesundheitswesen
GG	Grundgesetz
H.	Heft
HCR	Hastings Center Report
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung im Strafrecht
hg	herausgegeben
HMG	schweizerisches Heilmittelgesetz
Hrsg	Herausgeber
JA	Juristische Ausbildung

JAMA	Journal of the American Medical Association
JR	Juristische Rundschau
JRE	Jahrbuch für Recht und Ethik
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KH	Das Krankenhaus
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
LG	Landgericht
LMG	Lebensmittelgesetz
m. Anm.	mit Anmerkung
MBO	Musterberufsordnung
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MedR	Medizinrecht
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MME	Midwest Medical Ethics
MPR	Medizin Produkte Recht
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MStG	Militärstrafgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NEK	Nationale Ethikkommission im Bereich der Humanmedizin
n.F.	neue Fassung
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NK	Neue Kriminalpolitik
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Rechtsprechungs-Report Strafrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
ÖJZ	Österreichische Juristen Zeitung
OLG	Oberlandesgericht
OR	Obligationenrecht
PatVG	Patientenverfügungsgesetz
PharmR	Pharma Recht
RG	Reichsgericht
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
Rn.	Randnummer
RuP	Recht und Politik
s.	siehe
S.	Satz
SAEZ	Schweizerische Ärztezeitung

SAMW	Schweizerische Akademie der medizinischen Wissenschaften
SGB	Sozialgesetzbuch
SGBE	Schweizerische Gesellschaft für Biomedizinische Ethik
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung
Soziale Sicherheit	Zeitschrift für Arbeit und Soziales
SozVers	Die Sozialversicherung
SpoFöG	Sportförderungsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht
StV	Der Strafverteidiger
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SuchtMagazin	Fachzeitschrift für Suchtarbeit und Suchtpolitik
Swiss Med Wkly	Swiss Medical Weekly
TA-Swiss	Technologiefolgenabschätzungsausschuss des Schweizer Bundesrates
USA	United States of America
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom
VersR	Versicherungsrecht
vgl.	vergleiche
vol.	Volume
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
WADA	World Anti-Doping Agency
WADC	Welt-Anti-Doping-Code
WehrStrG	Wehrstrafrecht
WHO	World Health Organisation
ZAP	Zeitschrift für die Anwaltspraxis
z. B.	zum Beispiel
ZEFQ	Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen
ZPhF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZErB	Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis
ZEV	ZEV – Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge
ZfL	Die Zeitschrift für Lebensrecht
ZfmE	Zeitschrift für medizinische Ethik
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
zit	zitiert
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZPhF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZRP	ZRP – Zeitschrift für Rechtspolitik

ZSR	Zeitschrift für Sozialreform
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZVW	Zeitschrift für Vormundschaftswesen
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess